

Ist nach den Befunden über die Entwicklung der politischen Haltungen der Studierenden in den letzten 25 Jahren eine Typisierung der gegenwärtigen Studentengeneration möglich? Es zeichnet sich ab, dass es sich seit der Jahrtausendwende verstärkt und verfestigt um eine Generation der Teilnahmslosigkeit und Uneindeutigkeit, der Konventionalität und der labilen Demokraten handelt. Die Studierenden heute könnten als "die ratlose Generation" etikettiert werden.

Interpretation und Folgerungen beruhen auf den Befunden in: Bargel, T.: Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden. Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007. Bonn, Berlin 2008.

30.3 Student und Politik: Die ratlose Generation

I. Zur Interpretation der Befunde: Trends zu Anomie und Autokratie?

Untergründig haben sich einige bezeichnende Bewegungen vollzogen, die den einzelnen studentischen Stellungnahmen zu Grunde liegen:

- von der aktiven Beteiligung zur passiven Kundschaft,
- von Stellungnahmen zu Beliebigkeiten oder Gleichgültigkeiten,
- vom Bemühen um Konzepte zur Entscheidungslosigkeit,
- von der autonomen Selbstverwirklichung zum egoistischen Konsumieren,
- von der Suche nach Alternativen zu mehr Konventionalität,
- vom starken Selbstbewusstsein zu Unsicherheiten,
- vom Mut der Erprobungen zur Hinnahme der Gegebenheiten,
- von der Hoffnung auf Erfolg hin zur Angst vor Misserfolg,
- von idealistischen Grundhaltungen zu utilitaristischen Strategien.

Freileich sind solche Trenaussagen und Etikettierungen mit aller Vorsicht zu handhaben. Sie treffen zwar zu, aber stets gibt es unter den Studierenden auch die anderen mit hohem politischen Interesse und Engagement, mit alternativen Ideen und mit Überzeugungen und Standfestigkeit.

Rückzug, Labilität und Konventionalität

In vielen Bereichen der politischen Haltungen und Handlungen haben sich die Mehrheiten unter den Studierenden verändert und schaffen damit neue Verhältnisse der Dominanz oder Geltung:

- Vom Engagement am öffentlichen Leben zum privatem Rückzug in die Familie,
- der Wechsel bei den gefestigten (sattelfesten) zu den labilen und distanzierten Demokraten,
- die veränderte Einschätzung von Wettbewerb und Solidarität als gesellschaftliche Werte,
- die geringere Priorität von Umweltschutz und die stärkere Förderung der Technologie

Entscheidende Entwicklungen beziehen sich auf die Zunahme konservativer und konventioneller Haltungen unter den Studierenden, mit der stärkeren Vertretung und Hinnahme entsprechender Ziele (auch verstärkt national-konservativer Art). Dagegen haben die Linken Studierenden einen "Rechtsruck" vollzogen, zur Mitte hin: einstige wichtige Ziele sozialer oder sozialistischer Art werden längst nicht mehr so vehement vertreten.

Veränderte Meinungsführerschaft und Ende der Lagerbildung

Die früher umstrittene Meinungsführerschaft und die Vertretung in den Hochschulgremien zwischen links und rechts oder zwischen den Fachrichtungen von Juristen und Sozialwissenschaftlern haben sich verschoben.

Nun sind die angehenden Juristen und Ökonomen in den Vordergrund der politischen Bühne getreten, die Sozial- und Geisteswissenschaftler haben sich zurückgezogen. Das trifft für die Beteiligung an den Hochschulen zu und ebenso für das allgemeine politische Engagement und die politische Energie. Ein Rückgang der Lagerbildung mit ihren ideologischen Komponenten ist ebenfalls zu beobachten; was auch an der zunehmenden Entscheidungslosigkeit und Beliebigkeit liegt. Die Studierenden bilden kaum mehr gefestigte Haltungen aus, lassen selbst Gegensätzliches gelten, "tolerieren" auch politisch problematische Positionen. Mit den konflikthaftern, oppositionellen Komponenten der Demokratie haben sie größere Probleme, politische Auseinandersetzungen werden vermieden, heruntergespielt und unterdrückt.

Solche Entwicklungen können den Eindruck eines stärkeren Pragmatismus erwecken, der allerdings nicht eine Überzeugung darstellt, sondern eher Punktualität und Beliebigkeiten letztlich meint. Insofern ist die Kennzeichnung eines vermehrten Konservatismus und eines stärkeren Pragmatismus zwar zutreffend, trifft aber nicht den problematischen Kern der Entwicklungen: Sie sind in dem Schwund an demokratischen Überzeugungen, an der Verbreitung von Teilnahms- und damit Verantwortungslosigkeit sowie in der breiten Labilität zu sehen – auch in der Hinnahme und Anpassung an äußere Setzungen.

Anomische Verhältnisse und mehr Autokratie

Die politischen und gesellschaftlichen Orientierungen der gegenwärtigen Studentengeneration sind durch ein Mehr an **Anomie** gekennzeichnet: eine Lähmung bei Entscheidungen und Konzepten, die zunehmende Angst vor Misserfolg, der Rückzug aus den formellen und informellen Angeboten der öffentlichen Partizipation, die Zunahme an Beliebig- und Gleichgültigkeiten, die Vermeidung von Verantwortlichkeiten. Anomie ist ein Kennzeichen für gesellschaftliche Verhältnisse, in denen die Werte und Ziele mit den vorhandenen Mitteln und Ressourcen immer weniger erreicht oder erfüllt werden können.

Diese Erfahrung, für Jugendliche ohne berufliche Qualifikation als "Prekariat" schon öfters diagnostiziert, trifft nun für mehr und mehr Studierende ebenfalls zu. Sie haben den Eindruck, dass sie ihren beruflichen Weg ebenso wie politische Entscheidungen nicht beeinflussen können, dass die eigenen Anstrengungen und Leistungen dafür belanglos sind, die offiziellen Werte keine Geltung mehr haben – und sie selber keine Mittel an der Hand haben, um sie zu erreichen. Die Reaktion auf solche Erfahrungen können der Rückzug sein (ins Private), das Aufgreifen "krimineller" Praktiken und die Bildung von entsprechenden Gruppierungen (Banden, mafiöse Netzwerke) bis hin zu Aufbruch (Gewaltausschreitungen) und Rebellion.

Aufgrund dieser Sachlage sind eindeutige Prognosen der weiteren Entwicklung schwierig: Zutreffen könnte ein Schwinden der Zivilgesellschaft und einer offenen Demokratie sein. Stattdessen könnte sich politisch und gesellschaftlich eine **Autokratie** herausbilden, zumindest die Dominanz autokratischer Herrschaft durch eine feste politische Elite. Die Bündelung der Entscheidungsgewalt wird wichtiger als ihre gemeinsame, diskursive Herstellung mit Prozessen der Auseinandersetzung, mit Wahlen und Abstimmungen und mit öffentlicher Verantwortung und Rechenschaft (eine Autokratie im gesellschaftlichen Feld wie bei Entscheidungswegen in Unternehmen). Gegenwärtig würden die Studierenden dem keinen Widerspruch oder Widerstand entgegensetzen, weil sie selbst Träger solcher Entwicklungen geworden sind.

II Gesellschaftlicher Wandel und Ursachen

Angesichts solcher Entwicklungen, angesichts des andersartigen Musters studentischer Vorstellungen und Haltungen zu Politik stellt sich die Frage nach den Ursachen.

Die studentischen Handlungen entwickeln sich nicht in einem beziehungslosen Raum; sie sind vielmehr eingebettet in gesellschaftliche Verhältnisse ökonomischer und politischer Art und in soziale Milieus der Familie und Gruppen. Für den betrachteten Zeitraum der letzten 25 Jahre hat es einige bedeutsame gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen der politischen Landschaft gegeben. Drei solcher Entwicklungen seien knapp skizziert, weil sie nicht ohne Einfluss auf die politischen Überzeugungen der Studierenden sind.

Auf dem Weg zur post-industriellen Gesellschaft

Eine grundlegende gesellschaftliche Entwicklung mit weitreichenden Folgen für Arbeit und Leben ist der Übergang von der industriellen Arbeitsgesellschaft zur **postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft**. Sie führt zu Änderungen des Arbeitsmarktes, zudem der Arbeitsvollzüge und der Arbeitsteilung; damit ist eine Umschichtung der beruflichen Chancen mit manchen Instabilitäten verbunden - mehr Flexibilität, mehr Weiterbildung und mehr Umschulung werden verlangt.

Verflochten mit diesem Prozess ist die **Bildungsexpansion** und die zunehmende Bedeutung der **Wissensgesellschaft** (bzw. Informationsgesellschaft). Die steigende Zahl der Studierenden nimmt dem Hochschulbesuch manches an Exklusivität, dennoch wird der Hochschulabschluss für den Zugang in einen Beruf entscheidender.

Globalisierung und Internationalisierung

Ein gesonderter, aber wirksamer Aspekt ist die "Globalisierung" mit dem Zurückdrängen des Staates und der Vorherrschaft des Ökonomischen, auch ein Rückgang des Wohlfahrtstaates und ein mehr an "Risikogesellschaft" (Beck 1986) - nicht zuletzt für Studierende im Hinblick auf ihre Zukunft wie ihren späteren Berufsweg. Solche Bedingungen verlangen mehr Anstrengung in die Reproduktion der eigenen Existenz und lassen daher weniger Raum und Kraft, darüber hinaus auf das Allgemeine zu blicken und sich öffentlich zu engagieren.

Mit dem Bologna-Prozess und der Schaffung des Europäischen Hochschulraumes haben sich diese Entwicklungen gebündelt: Dadurch soll mehr internationale Mobilität der Studierenden und eine bessere Studierbarkeit erreicht werden, die vielfach als effizienteres Studieren verstanden wird. Mit dem Einlassen auf den globalisierten Wettbewerb bei Bildung und Beruf wächst aber das Risiko letztlich zu den "Verlierern" zu gehören. Eine solche Ambivalenz zwischen Befürwortung und Befürchtung von Globalisierung und Internationalisierung könnte die Haltung vieler Studierender bestimmen, zumindest scheint das „Image“ des Bachelor dadurch geprägt.

Wertewandel: Individualismus und Hedonismus

Eine eigene Bewegung stellt der allgemeine Wertewandel zu postindustriellen Orientierungen dar. Diese Werte betonen den Individualismus, aber auch den Narzissmus und Hedonismus. Dieser Wertewandel wird als "revolutionär" eingestuft. Parallel dazu breitet sich die Erlebnisgesellschaft aus. Die Bedeutung von Lebensstilen als Ausdruck individueller Eigenart nimmt zu, ist aber oft konsumbezogene Selbstdarstellung. Damit werden Überzeugungen unwichtiger, Authentizität geht verloren - ein für das politische Handeln nachhaltiger Trend.

Neue politische Kultur: Komplexität und neue Medien

Ebenfalls hat sich eine Veränderung des Öffentlichen und der politischen Auseinandersetzung vollzogen. Durch die Europäisierung und Globalisierung sind die politischen Verhältnisse und Eingriffsmöglichkeiten vielschichtiger geworden, viele Zusammenhänge erscheinen kaum durchschaubar, es gibt keine einfachen Lösungen, das politische Feld wird unübersichtlicher. Solche Bedingungen erschweren die Mitwirkung, sie wird politischen Profis überlassen. Zugleich ändert sich im öffentlichen Raum der Stil des Handelns: von Konzept und Debatte zu Event und Unterhaltsamkeit. Außerdem ist der politische Einfluss immer stärker von den Medien abhängig, wird durch sie gebrochen und erscheint dadurch in starkem Maße als Inszenierung, wobei nicht die Problemlösung sondern die Stilisierung in den Vordergrund rückt.

Veränderte soziale Rolle der Studierenden: Vom Studium als Moratorium zur beruflichen Qualifizierung

Das Studium findet nicht mehr im "Elfenbeinturm" statt. Es ist zu einer Phase der Qualifizierung für die Erwerbstätigkeit geworden. Oft steht nicht mehr der anspruchsvolle Ertrag in einer "Profession" in Aussicht, vielmehr wird der Anspruch auf die "Berufsbefähigung" (employability) reduziert. Das Studium als Phase der Erprobung und der Alternativen ist kaum noch gefragt.

Mehr und mehr dominiert, auch an den Universitäten, der Anwendungsbezug - das Praktikum wird wichtiger als das Studium. Eine erhöhte Erwerbstätigkeit der Studierenden geht damit einher, weshalb die Hochschule für viele nicht mehr den "Lebensmittelpunkt" darstellt. Das Zeitbudget lässt dadurch oft wenig Spielraum für außerfachliche, politische oder kulturelle Aktivitäten. Bedeutsam für die Studierenden sind die **wechselhaften Konjunkturen der Berufsaussichten**, von der mittlerweile alle Fachrichtungen betroffen sind, nicht nur die Geistes- und Sozialwissenschaftler (wie erstmals in den 70er Jahren). Dies verlangt nach mehr Anpassung an die Vorgaben des Arbeitsmarktes und die Bereitschaft zu Einbussen.

III Folgerungen aus den Befunden

Die Befunde zu den politischen Orientierungen der Studierenden verlangen eine Auseinandersetzung mit ihnen. Sind sie hinzunehmen oder ist ein Mehr an politischer Bildungsarbeit, an den Schulen wie Hochschulen, zu verlangen. Solche Diskussionen anzuregen, darin ist neben der Information eine wichtige Funktion des Beitrages intendiert.

Plädoyer für politische Bildungsarbeit

Die Abhängigkeit der politischer Partizipation von den Einstellungen zur Politik sowie von den Fähigkeiten, das politische Geschehen zu verstehen, sind als Appell an politische Bildungsarbeit an den Schulen und Hochschulen zu verstehen. Allem Anschein nach ist das einstmals hohe pädagogische Interesse an einer politischen Bildungsarbeit an Schulen und Hochschulen stark zurückgegangen. Offenbar sind weder neue Konzepte dafür entwickelt worden, noch sind Anstrengungen zu erkennen, die Jugendlichen für eine stärkere politische Beteiligung oder ein soziales Engagement zu gewinnen.

Notwendigkeit der Übernahme öffentlicher Verantwortung

Ein zentrales Moment ist die Einübung öffentlicher Verantwortung. Sie sollte bereits in frühen Jahren ermöglicht werden. Sie muss als eine folgenreiche Erfahrung bei Einflussnahme und (Mit-) Entscheidungen gestaltet sein. Solche Verantwortlichkeit muss verlangt werden, zumal von Studierenden, und zwar auf allen Ebenen.

Restrukturierung einer politischen Öffentlichkeit

Übung von Konzeptbildung und dessen öffentlicher Vertretung. Für solche Aufgaben sind insbesondere die Schulen und Hochschulen aufgerufen. Die Verschiebung der Macht in unübersichtliche Einrichtungen wie Hochschulräte, Gutachtergremien, externe Anstalten steht dem entgegen.

Abkehr vom Kundendenken an den Hochschulen

Für die politische Partizipation erweist sich die Zuschneidung der studentischen Rolle auf die eines Kunden als besonders nachteilig – sie drängt ihn geradezu aus der Partizipation und Verantwortung hinaus. Sie ist nicht nur seinem Studieren abträglich, sondern noch mehr seiner Beteiligung am allgemeinen Geschehen.

Idealismus gegenüber Utilitarismus stärken

Der mehr und mehr vorherrschende Utilitarismus mit der Befürwortung einseitig neoliberaler Marktverhältnisse, nicht nur in der Ökonomie, sondern auch in Politik und Gesellschaft, muss wieder stärker durch einen Idealismus ersetzt werden. Der Ertrag und Gewinn darf demnach nicht allein in monetären und egoistischen Vorteilen gesehen werden, das demokratische "Streben nach Glück" darf nicht auf das "Gewinnstreben" verkürzt werden.

Revitalisierung des Bologna-Prozesses

Die Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses mit mehr Internationalität, Austausch und Mobilität sowie Europäisierung im europäischen Hochschulraum stärkt eher die Eindrücke einer Anomie und Fremdbestimmung. Dabei wären mit Internationalisierung, Mobilität, und Europa politische Konzepte verbunden, für die Studierende zu gewinnen wären. Vorauszusetzen wäre eine Abkehr von Bürokratismus, Verrechnungen und Formalismen und eine Wiedergewinnung der Prinzipien von Autonomie (statt Efficiency), von Professionalität (statt Employability) und kritischen Intellektualität (statt Verbrauchermentalität).

Tino Bargel